

# Argumentationshilfe

## Rechtsstaat, Demokratie, Reform und Erweiterung der EU

### 1. Unsere Hauptbotschaft: „Worum es uns geht“

Die Europäische Union ist Garant für Freiheit und Demokratie. In dieser Zeit, in der überall in Europa und auch hier in Deutschland Rechtsextreme immer stärker werden und Umsturzphantasien hegen, verteidigen wir diese Grundwerte – mit einer klaren Haltung gegen autoritäre Tendenzen, überall in der EU. Wir treten der Einflussnahme von außen und der Aushöhlung des Rechtsstaats von innen entschieden entgegen. Dafür wollen wir Regeln und Instrumente verbessern und dafür sorgen, dass die Bestehenden schnell und konsequent angewendet werden. Korruption und Vetternwirtschaft bei der Verwendung von EU-Mitteln wollen wir einen Riegel vorschieben. Wir wollen die Demokratie ausbauen, mehr Mitsprache fürs Europaparlament, mehr Handlungsfähigkeit durch die Abschaffung nationaler Vetos, sowie mehr Transparenz. So machen wir die EU auch fit für eine nächste große Erweiterung.

### 2. Kurzer Hintergrund zum Thema

Die Erweiterung der EU ist eine Erfolgsgeschichte und liegt in unserem ureigenen Interesse. Sie stärkt unsere Sicherheit, unsere Stabilität und unseren Wohlstand, indem sie dafür sorgt, dass der Raum für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Binnenmarkt wächst. Wir erleben dennoch in vielen europäischen Staaten Rückschritte – Grundrechte wurden eingeschränkt, die Demokratie untergraben, zum Beispiel im Ungarn Viktor Orbáns. Die EU konnte dagegen anfangs wenig tun, Mittel wurden missbraucht. Das mächtigste Mittel dagegen ist, die Auszahlung von EU-Geldern an die Einhaltung von

Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Grundrechte zu knüpfen. Auf den Druck der Grünen hin hat die EU Ungarns Premier Viktor Orban den Großteil des EU-Gelds eingefroren, um seine Korruption zu stoppen.

Um EU-Gelder zu erpressen und EU-Sanktionen zu verhindern, hat Ungarns Premier Viktor Orban darüber hinaus regelmäßig das Veto seines Landes auch beim EU-Haushalt und in der Außenpolitik als Druckmittel sachfremd missbraucht. Das zeigt, wie dringend nationale Vetos als Sicherheitsrisiko abgeschafft werden müssen, gerade auch mit Blick auf künftige Erweiterungen um die Länder des Westbalkans, Ukraine, Republik Moldau und Georgien. Damit die EU wirklich handlungsfähig ist, darf keine einzelne EU-Regierung ganz Europa per Veto lahmlegen.

### 3. Unsere Vorschläge „Was wir vorhaben“

**EU für mehr Demokratie und Handlungsfähigkeit reformieren.** Auch damit die EU nach einer großen Erweiterung handlungsfähig bleibt, wollen wir die Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen, wo bisher Einstimmigkeit zwischen den Regierungen im Rat erforderlich ist und zu oft nationale Vetos die EU blockieren. Wir wollen, dass die EU in Fragen von gemeinsamer Rüstungsbeschaffung oder dem Ausbau der erneuerbaren Energien-Netze noch besser zusammenarbeiten kann und ihr dafür mehr Kompetenz geben. Für all das wollen wir zeitnah einen Konvent unter Einbeziehung der EU-Bürger\*innen einberufen.

**Die Erweiterung der EU vorantreiben.** Die Erweiterung der EU ist eine Erfolgsgeschichte und liegt in unserem ureigenen Interesse. Sie stärkt unsere Sicherheit, unsere Stabilität und unseren Wohlstand. Deswegen ist es unsere Verantwortung, die Länder mit europäischer Perspektive aktiv zu unterstützen.

Dazu gehören die Länder des Westbalkans (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien), Moldau, Georgien und die Ukraine.

**Erweiterung zum Erfolg führen.** Beitreten kann ein Land nur, wenn alle Kriterien erfüllt sind. Auf dem Weg wollen wir sichtbare Zwischenschritte in den Beitrittsprozess einbauen und diese mit konkreten Vorteilen würdigen. Dazu zählt z.B. Zugang zu Roaming, Erasmus+ oder Teilen des Binnenmarkts. Umgekehrt sollen Rückschritte in den Verhandlungen zu einem Wegfall der Vorteile führen. Nationale Vetos von Mitgliedstaaten sollten den Beitrittsprozess nicht weiter blockieren dürfen. Außerdem wollen wir die Mandate der Europäischen Staatsanwaltschaft (EuStA) und der Anti-Betrugsbehörde OLAF auf die Beitrittskandidaten ausweiten.

**Demokratie schützen und ausbauen.** Wir wollen das Parlament stärken mit einem Initiativrecht für die Einbringung von EU-Gesetzen. So machen wir es zum gleichberechtigten Partner des Rats der Mitgliedstaaten. Die EU-Kommission soll noch direkter vom Votum der Wähler\*innen abhängen, indem das Parlament die EU-Kommissionspräsident\*in vorschlägt. Wir wollen allen Wahlberechtigten eine zweite Stimme für länderübergreifende Listen in einem EU-weiten Wahlkreis geben.

**Rechtsstaat verteidigen.** Wir wollen den Rechtsstaatsmechanismus schärfen, um die EU wirksam gegen die Feinde der Demokratie zu verteidigen. Wenn Mitgliedstaaten gegen Rechtsstaatlichkeit verstoßen, soll ein Verfahren auch mit qualifizierter Mehrheit eingeleitet werden können (sog. Artikel 7 Verfahren). Dadurch wollen wir sicherstellen, dass einzelne Staaten nicht einfach ein solches Verfahren blockieren können. Die Grundrechtecharta, das Grundgesetz der EU, soll allen hier lebenden Menschen Schutz bieten. Mitgliedstaaten, die dagegen verstoßen, müssen konsequent und finanziell sanktioniert werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Mitgliedschaft bei der Europäischen Staatsanwaltschaft (EuStA) eine verbindliche Voraussetzung für den Erhalt von EU-Geldern wird. So machen wir Europas Demokratie wehrhaft.

**Korruption bekämpfen.** Demokratie lebt vom Vertrauen der Bürger\*innen, jeder Anschein käuflicher Politik richtet Schaden an. Wir sorgen deshalb für mehr Transparenz im Europäischen Parlament, in der Kommission und im Rat, um das Vertrauen in die EU zu stärken. Mit einem verbindlichen Lobbyregister legen wir Einflussnahme auf allen politischen Ebenen offen. Wir beenden die unwirksame Selbstkontrolle von Lobbytransparenzregeln und schalten eine unabhängiges Gremium ein, das für alle EU-Institutionen die Regeln durchsetzt.

## 4. Unsere Erfolge „Was wir erreicht haben“

**Wahlrecht ab 16:** Die Ampel hat mit den Stimmen von SPD, Grünen und FDP gegen die Stimmen von CDU/CSU und AfD das Wahlrecht ab 16 Jahren für Europawahlen durchgesetzt.

Wir Grüne haben die Diskussionen um die Rechtsstaatlichkeit in der EU in den letzten Jahren entscheidend vorangetrieben und einen starken **Rechtsstaatsmechanismus** verhandelt. Mit einer Klage setzen wir uns dafür ein, dass die Kommission diese Regeln auch anwendet. Damit stellen wir uns Regierungen entgegen, die gegen die Rechtsstaatlichkeit verstoßen. Mit Rechtsstaatlichkeit darf kein Kuhhandel betrieben werden. Im Falle von Polen und Ungarn werden viele Milliarden Euro einbehalten, bis diese Defizite abgebaut sind. Auch die Wahlen in Polen haben gezeigt: Populist\*innen können geschlagen werden. Und: das Einfrieren von EU-Mitteln ist ein effektives Mittel gegen den Abbau von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie.

Wir haben nie dagewesene Bürger\*innenbeteiligung in die Diskussion um die Zukunft der EU geholt. Als Teil der Konferenz zur Zukunft der EU wurden **Bürger\*innenräte mit gelosten Teilnehmer\*innen** umgesetzt. 800 EU-Bürger\*innen stimmten über ihre Vorschläge ab, die zur Grundlage des Konferenzergebnis wurden. Die Kommission nutzt diese Bürgerräte jetzt für konkrete Gesetze.

Das Europaparlament hat 2023 konkrete **Vorschläge für die Reform der EU-Verträge** für mehr

Handlungsfähigkeit und Stärkung der Demokratie beschlossen: die Abschaffung der meisten nationalen Vetos z.B. beim EU-Haushalt und in der Außenpolitik, Wahl der EU-Kommissionspräsidentin auf Empfehlung des Parlaments, Stärkung des Europaparlaments mit einem Initiativrecht für EU-Gesetze, oder die Verankerung des Rechts auf Abtreibung in der EU-Grundrechtecharta. Jetzt liegt es bei den Staats- und Regierungschefs, einen Konvent einzuberufen, um diese Änderungen zu beschließen.

Statt der reinen Selbstkontrolle von Parlament, Kommission und anderen EU-Institutionen, haben wir ein **EU-Ethikgremium geschaffen, das Regeln zur Transparenz und Korruptionsbekämpfung überwacht**. Dessen Expert\*innen können vermutete Verstöße unabhängig untersuchen und bewerten.

## **5. Wie unterscheiden wir uns von den anderen? „Warum Grün?“**

Wir haben die klarste pro-europäische Haltung, weil wir wissen, dass die EU die Garantin für unseren Wohlstand, den Frieden und unsere Demokratie ist. Deswegen wollen wir dafür sorgen, dass Europa weiter zusammenwächst und europäische Institutionen weiter gestärkt werden. In der Bundesregierung stehen wir dafür, dass Deutschland in der EU konstruktiv wirkt, um Kompromisse im Interesse unseres Landes zu finden – während die FDP Einigungen aus egoistischen Gründen sabotiert und die SPD sich nicht zu einem klaren Kurs durchringen kann. Die Parteienfamilie der CDU schließt derweil die Zusammenarbeit mit der nationalkonservativen, populistischen EKR-Fraktion nicht aus – zu der auch Georgia Melonis postfaschistische Fratelli d’Italia oder die polnische PiS-Partei gehören.

Wir Grüne sind der Hauptgegner all derjenigen, die den Klimaschutz in Europa unterwandern, die Demokratie zurückdrängen, die Bürgerrechte einschränken wollen. Das zeigt: wir sind der stärkste Widerstand gegen den Rechtsruck.

Für uns Grüne gibt es keine Kompromisse beim Schutz von Demokratie und Grundrechten.

Nicht erst seit dem KatarGate Bestechungsskandal setzen wir Grünen uns am stärksten für Transparenz und Integrität ein. Die Konservativen haben viele Reformen blockiert. Fast alle Beschuldigten von KatarGate waren Sozialdemokraten.

## **6. Fragen / Gegenargumente**

**Wieso können wir Ungarn nicht einfach aus der EU ausschließen?**

Abgesehen davon, dass die EU-Verträge die Möglichkeit eines Ausschlusses nicht vorsehen, widerspräche ein solcher auch dem europäischen Gedanken. Die EU ist ein Friedensprojekt, welches Grundrechte, Vielfalt und Wohlstand für alle sichern soll. Die ungarischen Bürger\*innen und die mutige ungarische Zivilgesellschaft sollten nicht für die korrupten Machenschaften ihrer autokratischen Regierung bestraft werden. Ein Ausschluss Ungarns würde auch uns nichts bringen – dann gäbe es ein rechtsstaatlich schwieriges Land inmitten Europas ohne die Hebel der EU, die einen Kurswechsel bringen könnten.

**Sind Länder wie die Ukraine, aber auch die Westbalkanstaaten nicht zu korrupt für den EU-Beitritt?**

Die Anforderungen im Beitrittsprozess bieten in den Kandidatenländern große Reformanreize und sind Antrieb für liberale Kräfte, Zivilgesellschaft und Bürger\*innen. Diese wollen wir nutzen, indem wir den Beitrittskandidaten eine europäische Perspektive bieten, statt sie dem Einfluss Russlands zu überlassen. Wir wollen den Beitrittsprozess an strengere Bedingungen knüpfen. Vorteile sollen wieder zurückgenommen werden, wenn Beitrittskandidaten keine Entwicklung vorweisen oder gar Rückschritte verzeichnen.. Der Fokus im Beitrittsprozess muss auf der Stärkung von Rechtsstaatlichkeit und dem Kampf gegen Korruption und Organisierte Kriminalität liegen. Dazu wollen wir

die Mandate der EU-Antikorruptionsbehörde OLAF und der Europäischen Staatsanwaltschaft auf die Beitrittskandidaten ausweiten.

**Die EU ist sowieso schon blockiert und handlungsunfähig – wie sollen da noch mehr Mitgliedsstaaten aufgenommen werden?**

Die Länder des Balkan, die Ukraine und Moldau drohen unter die Kontrolle von Russland und China zu geraten, wenn die EU ihnen keine Perspektive bietet. Statt Stabilität und Wohlstand durch einen Beitritt droht dann erneut Krieg und Gefahr für die EU. Die Beitritte der östlichen EU-Staaten zeigen, wie erfolgreich der Beitritt für die Länder und uns ist. Die Probleme mit einzelnen autoritären Regierungen müssen wir auch jetzt schon strukturell lösen. Mit den nötigen Reformen der EU, wie der Abschaffung nationaler Vetos sowie funktionierenden Mechanismen zur Verteidigung von Demokratie und Rechtsstaat, ist die EU für die Erweiterung gewappnet. Erweiterung und Reform müssen Hand in Hand gehen.

**Sind Vertragsänderungen mit Regierungschefs wie Meloni in Italien, Fico in der Slowakei oder Orbán in Ungarn im Europäischen Rat nicht ohnehin total unrealistisch?**

Damit Vertragsänderungen gelingen können, braucht es ein Paket, in dem für alle Länder etwas drin ist. Ein größerer EU-Haushalt, der z.B. mehr Investitionen ermöglicht, kann Anreize schaffen.. Für wichtige Teile der Reformen sollten Alternativen geplant werden, die auch mit einer Gruppe williger EU-Mitgliedsländer umsetzbar wären.